

## Bürger fordern verbindliche Zusagen für Bahnhalt

Bei einer Bürgerversammlung der Gemeinde Warthausen ging es ums interkommunale Industriegebiet im Rißtal



Eine Rednerin forderte alle Zuhörer, die wie sie Angst vor den Folgen eines Industriegebiets im Rißtal hätten, zum Aufstehen auf. Die Mehrheit erhob sich, aber nicht alle. Vorne links sitzend die Bürgermeister der ebenfalls am IGI beteiligten Gemeinden Schemmerhofen und Maselheim, Mario Glaser und Elmar Braun, sowie die Warthausener Rathausmitarbeiterin Beate Eckert.

*Foto: Markus Dreher*

413 Besucher haben sich bei der Bürgerversammlung der Gemeinde Warthausen zum geplanten interkommunalen Industriegebiet (IGI) im Rißtal informiert und den Gemeinderäten ihre Meinung gesagt. Erwartungsgemäß sprach sich die überwältigende Mehrheit jener 14 Besucher, die manchmal mehrfach das Wort ergriffen, gegen das Vorhaben aus. Dies wurde durch Protestplakate an der Sprossenwand der Turn- und Festhalle unterstrichen. Der Herrlishöfer Handwerksmeister Franz Manz sprach sich für Erweiterungsmöglichkeiten hiesiger Firmen aus.

Bürgermeister Wolfgang Jautz machte von vornherein deutlich, dass an diesem Abend nicht alle Fragen und Stellungnahmen der Bürger umfassend beantwortet würden. Die Anregungen würden aufgenommen und geprüft – wofür einer der opponierenden Bürger den Räten ausdrücklich dankte. Aber entscheiden müssten, so Jautz, „die legitimierten Organe“. So soll der Gemeinderat nächsten Montag festlegen, wie Warthausen im gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach abstimmt – wo am 16. Mai das Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan eingeleitet werden soll.

Eingangs der dreistündigen Veranstaltung erläuterte Jautz in 45 Minuten nochmals die rechtlichen Hintergründe und wie es zur Auswahl des Gebiets nördlich von Herrlishöfen kam. Er sagte, die Gemeinde hätte dieses Areal „gerne selbst entwickelt“. Die Behörden hätten

jedoch früh signalisiert, dass nur ein interkommunales Vorgehen eine Chance habe. Weitere bereits bekannte Stichworte seiner Präsentation waren, dass es um ein Industriegebiet „nur für hier ansässige Unternehmen“ gehe, nicht für neue Firmen von außen. Der Flächenbedarf für neue Produkte und Verlagerungen der Firma Handtmann, die sich als erste im IGI Rißtal ansiedeln will, sei nachgewiesen. Von sechs potenziellen Gewerbestandorten in der Region Donau-Iller kämen nur zwei für ein Industriegebiet in Betracht. Und davon wiederum habe ein Gutachten des Büros Lars Consult das Rißtal in einem Punkteraster als geeigneter eingestuft als Oberessendorf – unter anderem wegen der Nähe zum Mittelzentrum Biberach und den Stammwerken der großen Firmen dort sowie der Möglichkeit eines Bahnanschlusses. Der ins Auge gefasste Standort habe Probleme, jedoch seien diese „lösbar“ und würden von übergeordneten Instanzen geprüft. So soll unter anderem das Zielabweichungsverfahren im Auftrag des Wirtschaftsministeriums bis Sommer abgeschlossen sein.

An einigen der genannten Punkte entzündete sich Kritik der Zuhörer. Teils ging es um konkrete Aussagen der Gutachten oder deren Fehlen, teils ganz grundsätzlich um den Sinn weiteren Wachstums.

## **„Stimme für das stumme Rißtal“**

Manche IGI-Gegner appellierten an den „gesunden Menschenverstand“ der Räte, andere sprachen die Emotionen an. So etwa Annika Maier aus Herrlishöfen in einem Film: Mit Vogelgezwitscher unterlegte Luftaufnahmen des Rißtals wurden kontrastiert mit düsteren Grautönen, unterlegt mit der Melodie „Spiel mir das Lied vom Tod“, Gehämmer und Verkehrslärm. „Schützt unsere Heimat, denn auch unsere Kinder wollen Natur spüren“, rief sie. „Wir erheben die Stimme für das sonst stumme Rißtal, da es sonst verlassen ist.“ Melanie Herzog aus Herrlishöfen bat den Gemeinderat, „eine andere Lösung zu suchen und für die Bürger einzustehen“.

Mehrfach kritisiert wurde die Reihenfolge der Schritte. So appellierte Eva Gaum aus Galmutshöfen an die Räte, vor einer Änderung des Flächennutzungsplans einen Bahnhalt sicherzustellen und verbindliche Zusagen für den Gütertransport mit der Bahn einzuholen – so stark wie vor der Zustimmung werde die Verhandlungsposition nie mehr sein, wenn das Verfahren erst mal laufe.